

ERSTES KAPITEL

Die Gründung Israels und ihre Folgen

Der Konflikt um Palästina ist nicht erst mit der Ausrufung des Staates Israel entstanden. Er geht vielmehr zurück auf die jüdische Einwanderung und Besiedlung des Gebiets seit dem späten 19. Jahrhundert, die zur Konkurrenz mit den ansässigen arabischen Bewohnern um das Land und seine Ressourcen führte. Die jüdische Einwanderung wiederum ist eng verknüpft mit der europäischen Geschichte: Der politische Zionismus entstand als Reaktion auf die Entwicklung der europäischen Nationalismen sowie die Zunahme von Antisemitismus und Pogromen gegen Juden. Entscheidend befördert wurden die Herausbildung des jüdischen Gemeinwesens in Palästina und die Staatsgründung Israels 1948 durch die Politik der europäischen Kolonial- und Mandatsmächte einerseits und die nationalsozialistische Judenverfolgung und -vernichtung andererseits.

Der auf die Staatsgründung folgende erste israelisch-arabische Krieg sowie die Flucht und Vertreibung von Hunderttausenden Palästinensern bedeuteten im Nahen Osten eine Zeitenwende, die als Nakba in die palästinensische (und arabische) Geschichtsschreibung eingegangen ist und bis heute fortwirkt.

1. Vorgeschichte¹

In den 1880er Jahren begann die jüdische Einwanderung nach Palästina, das damals zur Provinz Damaskus des Osmanischen Reiches gehörte. In fünf Wellen kamen zwischen 1882 und 1939 insgesamt rund 380 000 Jüdinnen und Juden vor allem aus Europa und Russland bzw. der Sowjetunion. Etwa zeitgleich mit der ersten Einwanderungswelle entstand Ende des 19. Jahrhunderts der moderne politische Zionismus, der die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina als Alternative zur Assimilierung in den jeweiligen Gesellschaften propagierte. Herausragende Vertreter dieser Idee waren der Journalist Nathan Birnbaum, der 1890 den Begriff des Zionismus prägte, und der Publizist Theodor Herzl, der 1896 sein Manifest «Der Judenstaat» veröffentlichte und 1897 die Zionistische Weltorganisation mitbegründete. Sie verbanden die Absicht, eine moderne jüdische Gesellschaft zu errichten, mit der «Rückkehr» der Juden nach Zion – in das Land, aus dem sie nach der Zerstörung des zweiten Tempels im Jahre 70 n. Chr. durch die römischen Herrscher größtenteils vertrieben worden waren und das ihnen fortan als historische Heimat gegolten hatte.²

Ein Land ohne Volk?

Doch das Gebiet, in das die Einwanderer kamen und das später das britische Mandatsgebiet Palästina werden sollte, war keineswegs unbewohnt. Dort lebten 1882 etwa 450 000 mehrheitlich muslimische Araber sowie rund 15 000 Juden, denen in der muslimischen Mehrheitsgesellschaft als monotheistischen

«Dhimmis» (arab. für Schutzbefohlene) ein besonderer Schutz, aber nur eingeschränkte Rechte zukamen (siehe Tabelle S. 283). Die berühmte Formel «Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land» war daher problematisch.³ Von den ansässigen Araberinnen und Arabern wurden das zionistische Projekt und die jüdische Einwanderung mit Misstrauen betrachtet, konkurrierten die Neuankömmlinge doch um Bauland, fruchtbares Ackerland und Wasser und brachten ungewohnte kulturelle Eigenheiten mit sich. Das Misstrauen verwandelte sich in Ablehnung, als die jüdischen Siedler begannen, neue, exklusive Wirtschaftsstrukturen aufzubauen. Dazu gehörte, dass vom Jüdischen Nationalfonds erworbenes Land für immer in den Besitz des jüdischen Volkes überging und nur an Juden verpachtet werden durfte und die Beschäftigung von Nichtjuden als Arbeitskräfte verboten war.⁴

Zu Beginn unterstützten weder der osmanische Sultan Abdülhamid II. noch die große Mehrheit des europäischen Judentums oder die europäischen Großmächte den politischen Zionismus. Als das Osmanische Reich 1914 auf Seiten Deutschlands und Österreich-Ungarns in den Ersten Weltkrieg eintrat, wandelte sich jedoch schlagartig die Bedeutung Palästinas. Insbesondere Großbritannien versuchte, die lokale Bevölkerung und deren Führung für seine Kriegsziele und langfristigen Interessen einzuspannen, und machte dabei widersprüchliche Zusagen. So versprach der britische Hochkommissar in Ägypten, Sir Henry McMahon, 1916 dem Scherifen von Mekka, Hussein Ibn Ali, dessen Wunsch nach einem unabhängigen und geeinten arabischen Königreich zu unterstützen, und ermutigte so einen arabischen Aufstand gegen die Osmanen. In der Balfour-Erklärung von 1917 sicherte der britische Außenminister Arthur James Balfour dem Zionisten Walter Roth-

18 Die Gründung Israels und ihre Folgen

schild hingegen die «Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina» zu, unter anderem um von den jüdischen Briten finanzielle Unterstützung für die Kriegsführung zu erhalten. Noch im gleichen Jahr besetzte Großbritannien Jerusalem und wurde damit neben Frankreich zur zweiten europäischen Macht, die im Nahen Osten die Geschichte bestimmte.⁵ Schon zuvor hatten sich die beiden damaligen Großmächte im geheimen Sykes-Picot-Abkommen von 1916 auf eine künftige Aufteilung der Provinzen des Osmanischen Reiches geeinigt. Palästina sollte dabei unter internationale Verwaltung gestellt werden. Die Aufteilung in Einflusszonen setzten die Siegermächte des Ersten Weltkriegs 1920 auf der Konferenz von San Remo um, allerdings ohne eine internationale Verwaltung für Palästina einzurichten. Stattdessen erhielt Großbritannien dieses Mandat, das 1922 vom Völkerbund bestätigt wurde.

Das britische Mandat Palästina

Von der lokalen Bevölkerung wurden die Mandatsgrenzen als künstlich und fremd gesehen, da sie nicht den wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhängen entsprachen und sich in erster Linie an den Interessen der europäischen Mächte orientierten. Zwar trug das Gebiet schon zu römischer Zeit den Namen Palästina,⁶ aber weder unter mamlukischer (1260–1516) noch unter osmanischer (1516–1918) Herrschaft hatte es einen eigenen Verwaltungsdistrikt Palästina gegeben. Einzelne Teile gehörten vielmehr zu verschiedenen Zeitpunkten zu unterschiedlichen Verwaltungseinheiten. Erst die britische Militärverwaltung richtete gegen Ende des Ersten Weltkriegs einen Verwaltungsdistrikt Palästina ein. Ursprünglich umfasste

dieser auch Gebiete östlich des Jordans, die aber 1921 als Transjordanien abgetrennt wurden.

Auch wenn die Grenzen des Mandatsgebiets als künstliches Konstrukt fremder Mächte empfunden wurden, so sind sie doch bis heute Bezugspunkt, wenn es um eine Konfliktregelung geht. Zudem wurden sie von muslimischer Seite in den 1930er Jahren religiös unterfüttert, als die Idee aufkam, dass eben-dieses Palästina als religiöse Stiftung (arab. Waqf) auf ewig anvertrautes Gut und unveräußerlicher Besitz der Muslime sei – ein Topos, den die Hamas 1988 in ihre Charta aufnehmen sollte.⁷

Zwar war es Großbritannien und Frankreich 1918 nicht zuletzt mit Unterstützung arabischer Truppen gelungen, das Osmanische Reich zu besiegen. Doch ein Zusammenschluss arabischer Völker in einem eigenen Staat, wie ursprünglich zugesagt, wussten die europäischen Mächte zu verhindern. In Palästina wurde die osmanische Fremdherrschaft durch eine europäische ersetzt. Dabei war das Mandatssystem ein Konstrukt, das vordergründig das von US-Präsident Thomas Woodrow Wilson eingeforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklichte, tatsächlich aber den Interessen der imperialistischen Mächte Europas im Nahen Osten dienen sollte. Dazu gehörte für London vor allem die Kontrolle der Handelswege zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean zu Wasser und zu Land. So wurde das Selbstbestimmungsrecht der lokalen Bevölkerung zwar prinzipiell anerkannt, seine Umsetzung aber aufgrund von deren «mangelnder politischer Reife» auf unbestimmte Zeit aufgeschoben. Im Mandatsvertrag für Palästina bezieht sich dieses Recht zudem nicht auf die arabische Bevölkerung. Die Mandatsmacht verpflichtet sich in der Präambel des Vertrags lediglich darauf, die Errichtung einer «na-